

## Abschied vom Elfenbeinturm?

### *Der VI. Deutsche Studententag in Berlin*

Ein Studententag findet heutzutage nicht einfach statt, auch dann nicht, wenn sich mehr als tausend Studenten in die so unkonventionelle Stadt Berlin begeben. Es gibt heute wohl kein Treffen irgendeiner Art mehr, das nicht von irgendwelchen Organisationen oder vom Staat mitfinanziert wird, und so ist dann die erste Sorge der Veranstalter die, wer eine repräsentative Tagung bezahlen soll. Die deutschen Studenten brauchten sich darum keine Sorgen zu machen, denn die Bundesregierung stand ihr in dieser Hinsicht hilfreich zur Seite — ohne damit Auflagen sachlicher oder politischer Art zu verbinden. Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS), die Dachorganisation der knapp 200 000 Studenten in der Bundesrepublik, hatte sich überdies der Mühe unterzogen, eine umfangreiche Broschüre mit eigenen Vorschlägen und den Aufsätzen gedankenvoller Zeitgenossen vorzubereiten und sie den Teilnehmern mit der Bitte um Durchsicht überreicht. Die studentischen Verbände (die politischen und konfessionellen Gruppen und die Korporationen) waren ihrerseits nicht untätig geblieben und hatten in ihren Verbandsorganen die „Marschrouten“ für Berlin ausgegeben. Last, not least waren zur Eröffnung des Studententages sogar einige Professoren erschienen, die aber während der Beratungen in den Arbeitsgruppen nicht mehr zu sehen waren — eine Tatsache, die die Studenten mit Recht zu herber Kritik an ihren Hochschullehrern veranlaßte.

### *1. Hochschulen in der Demokratie*

Die sorgfältige Vorbereitung des Studententages hatte einen guten Grund: Man wollte Abschied nehmen vom Elfenbeinturm, das heißt von einer Haltung, die der Politik und der Gesellschaft auszuweichen sucht und sich auf einen mehr oder minder ästhetischen Bildungsbegriff zurückzieht. Man begann mit einem Podiumsgespräch im großen Saal der Berliner Kongreßhalle, an dem sich *Carlo Schmid*, Professor *Lieber*, der Kultusminister *Osterloh* und *Hellmut Becker* beteiligten. Professor Lieber war es, der den ersten Stein in den Teich warf. Er stellte fest, daß sich die deutsche Universität im Zuge der Spezialisierung zu einer autoritär bestimmten Lernschule entwickelt habe. Dieser Ausbildungsstil, konstatierte Lieber, stehe in krassem Widerspruch zu der Idee der Hochschule, die die Lehrenden und Lernenden gleichermaßen verpflichte, sich gemeinschaftlich am Objekt der Wissenschaft zu orientieren. Es komme also darauf an, in der Arbeitsweise der Hochschulen selber Verhaltensweisen bei Lehrern und Studenten zu entwickeln, die dieser Idee der Universität entsprächen und die damit das Tor zu einer inneren Demokratisierung der Hochschule aufstoßen könnten. Hellmut Becker wies auf einen anderen Grund für die merkwürdige Entpolitisierung der Hochschule hin: Die Themen der sogenannten „großen“ Politik seien noch eben geeignet, ein gewisses Interesse zu wecken, aber die Vorliebe für solche Themen bewirke in vielen Fällen ein Ausweichen vor praktisch zu bewältigenden politischen Aufgaben in überschaubaren Bereichen, z. B. im Rahmen der Hochschulen.

Die Prominenten auf dem Forum der Kongreßhalle kamen überein, daß es nicht genüge, eine ungenau bezeichnete Freiheit von Forschung und Lehre zu fordern, sondern daß etwas geschehen müsse gegen die „Neutralität“ der Hochschulen, gegen die Abstinenz insbesondere der Professoren gegenüber dem Politischen schlechthin. Wie berechtigt dieses Anliegen ist, mögen einige Tatsachen deutlich machen. In Köln, Würzburg, Tübingen und Mannheim z. B. erhalten politische Studentengruppen grundsätzlich keine Hörsäle für „parteilpolitische“ Veranstaltungen. In Köln und Würzburg sind für poli-

tische Studentengruppen nicht einmal Anschläge am „Schwarzen Brett“ zugelassen. In Bonn, Münster und Tübingen dürfen keine Anschläge politischen Inhalts angebracht werden. Diese rigorosen Bestimmungen hinderten aber beispielsweise den Rektor der Kölner Universität nicht daran, trotz einer zunächst ausgesprochenen Weigerung Herrn *Schlamm* ein Gebäude der Universität für einen Vortrag zur Verfügung zu stellen. Dies ist ein Punkt, an dem die Kritik ansetzen muß: Die politischen Parteien, wenngleich nicht wegzudenkende Bestandteile des demokratischen Staates, stoßen bei vielen Hochschullehrern auf eine wissenschaftlich verbrämte Ablehnung. Die Thesen von Professor *Leibholz* etwa, wonach die Parteien verfassungsrechtlich legitimierte Organe zur Meinungsbildung in der Demokratie sind, haben sich bei seinen Kollegen an den Universitäten noch kaum herumgesprochen.

Was die vermeintliche Neutralität andererseits möglich machen kann, zeigte ein Rektor einer anderen Universität, als er die Unterschriftensammlung für zwei Petitionen an den Deutschen Bundestag zum Thema „NS-Juristen“ und „KZ-Ärzte“ mit der Begründung verbot, es werde dadurch „gegen die medizinischen und juristischen Diener des Dritten Reiches ein ‚Druck ausgeübt‘,“! (VDS-Information vom 29. Juli 1959.) Wer möchte sagen, daß diese Entscheidung keine politische Stellungnahme enthält? Die Westdeutsche Rektorenkonferenz erwies sich noch vor Jahren als einsichtiger; sie stellte 1951/52 in einem Bericht fest, daß „besonders an Orten, wo Korporationen stark vertreten sind, die Tendenz sichtbar ist, den AStA ausschließlich auf eine standpunktlose Verwaltungstätigkeit einzuschränken und die Studentenschaft politisch zu neutralisieren. Die Aufgabe der Universität als einer Anstalt, die sich auch der Erziehung zum staatsbürgerlichen Denken widmen sollte, eine Aufgabe, die in besonderer Weise der Studentenschaft angelegen sein müßte, wird so immer weiter zurückgedrängt.“ Diese Prognose der westdeutschen Universitätsrektoren hat sich leider als richtig erwiesen — allerdings, so muß man hinzufügen, nicht ohne eine passive und aktive Mithilfe vieler Professoren, die etwa eine gleichberechtigte Mitwirkung der Studenten in allen Hochschulangelegenheiten ablehnten und damit gegen den Geist der Universität verstießen.

//. *Studentenförderung — Pflicht oder Almosen?*

Einer der Redner des Studententages, Dr. *Dahmen*, fand in seinem Vortrag (auf den wir in anderem Zusammenhang noch zurückkommen müssen) eine gute Formulierung. Er stellte fest, daß für unser Jahrhundert die Problematik der Bildung und Erziehung das gleiche Gewicht habe wie die soziale Frage für das 19. Jahrhundert. Der Gedanke wurde von dem Berliner Soziologen Professor *Goldschmidt* in einem brillanten Referat weiter ausgeführt. Er fand, daß eine Studienförderung durch den Staat nicht den Sinn eines Ausgleichs zufälliger Sozialchancen im Sinne einer karitativen Mildtätigkeit haben dürfe, sondern daß die demokratische Gesellschaft heute aus Gründen der Selbsterhaltung verpflichtet sei, eine großzügige Studienförderung zu betreiben.

Mit dieser Studienförderung, in die heute etwa jeder vierte Student einbezogen ist (während es in England 70 vH sind und in Amerika beinahe jeder begabte Student gefördert werden kann), werden drei Zielsetzungen verbunden: Sie soll hochschulrecht sein, sie dient als Instrument der Nachwuchspannung, und sie soll Begabungsreserven in unserem Volk erschließen helfen. Die Studenten kamen in Berlin dabei zu folgendem Ergebnis: „Jeder, ohne Unterschied seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage, soll, wenn er geeignet ist, studieren können. Andererseits sollen auch die, die finanziell besser gestellt, jedoch ungeeignet sind, von der Hochschule ferngehalten werden.“ Weiter: „Es wurde als unbefriedigend empfunden, daß bisher nur geförderte Studenten einer Eignungsprüfung unterworfen werden, obwohl auch die übrigen durch

ihr Studium an der Universität beträchtliche Mittel in Anspruch nehmen, und daß diese bei mangelnder Eignung Dozenten und Kommilitonen belasten.“ Kurz gesagt: Die Studentenschaft wünscht, daß der Zustand beendet wird, wo lediglich die bedürftigen Studenten sich verschärften Eignungsprüfungen unterziehen müssen, während die materiell begüterten Gruppen der Studentenschaft sich dem entziehen können.

Eine besondere Problematik enthält in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß nicht einmal 5 vH der Studierenden aus der Arbeiterschaft kommen. Ihr Anteil hat sich auch durch die bisherigen Maßnahmen zur Studienförderung nicht erhöht. Professor Goldschmidt ging auf die Ursachen dieses Tatbestandes ein und fand, der Arbeiter sei in den letzten Jahrzehnten gezwungen gewesen, kurzfristig zu denken, er habe einen im Vergleich zu anderen sozialen Gruppen begrenzten Erwartungshorizont. Das ist eine richtige Feststellung, aus der allerdings eine Reihe von arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Konsequenzen zu ziehen sind, z. B. die Gleichstellung des Arbeiters gegenüber dem Angestellten im Krankheitsfall. Erst wenn von der wirtschaftlichen, arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Situation her dem Arbeiter eine langfristige Planung möglich ist, wird er einsehen können, daß es Sinn hat, eine über mehrere Jahre sich hinziehende „Investition“ seinen Kindern anzuraten; denn eine solche Investition ist der Besuch einer höheren Schule und das anschließende Studium nun einmal. Es ist gut, daß die Studenten sich in Berlin nicht darauf beschränkten, diesen Tatbestand zu klären, sondern daß sie auch entsprechende Abhilfen forderten.

### *III. Demokratie und Bildung*

Auf der Schlußtagung des Studententages wurden die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt, die sich mit der Frage „Mut zur Politik“ beschäftigt hatten. Es heißt in diesem Bericht: „Die deutsche Intelligenz bildete im Verlauf der letzten beiden Jahrhunderte eine Haltung heraus, die sich inzwischen zum strukturellen Zug verhärtet hat. Sagen wir es einmal deutlich: Die sogenannte Intelligenz hat ein typisches Merkmal aufzuweisen, sie ist im politischen Sinne asozial.“ Zum Schluß des Berichtes lesen wir: „Die deutsche bürgerliche Intelligenz versucht, sich auf zweierlei Weise ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung zu entziehen oder sie in Surrogaten zu befriedigen. Sie gab sich einerseits romantischen Ideen wie der vom Volkstum hin, anstatt die Probleme der parlamentarischen Demokratie geistig zu bewältigen und eine demokratische Verfassung politisch durchzusetzen. Auf der anderen Seite wandten sich die Deutschen dem aufkommenden Industrialismus und seinen Folgeerscheinungen mit aller Energie zu. Das Unvermögen auf politischem Gebiet wurde kompensiert durch ein übermäßiges Engagement auf dem Gebiet der Technik und der Wissenschaft.“

Es lag wohl nicht in der Absicht des VDS, dem Studententag ein Musterexemplar des hier beschriebenen Akademikers vorzuführen, und dennoch hätte man sich kein besseres Beispiel dafür denken können als den Vortrag von Dr. Dahmen zum Thema „Einheit der Bildungswege“. Dahmens Referat bestand im wesentlichen aus einer Ansammlung von Zitaten; aber sein Vortrag ließ trotz der vielen Zitate eine Linie erkennen. Er ging aus von der Idee einer Lebenseinheit und eines organischen Staates. Dahmen meinte, wir lebten in einem Zeitalter des Umbruchs. Er forderte eine Revolution der Gesinnungen; zu konkreten Problemen der gegenwärtigen demokratischen Gesellschaft äußerte er sich nur in Form einiger Seitenhiebe gegen die politischen Parteien. Man muß noch, einmal den Schlußbericht des Studententages zitieren, um die Wirkung seiner Rede zu kennzeichnen: „Bloßes Meinen und blindes Dafürhalten züchten aggressive Emotionalität. Die Tendenz zum starken Mann ist unübersehbar bei all denjenigen festzustellen, die in der Durchsetzung emotionaler Meinungen das Wesen politischer Betätigung sehen.“

*Carlo Schmid* hatte während der Podiumsdiskussion zur Problematik der parlamentarischen Demokratie gesagt, daß die Mehrheit in ihr natürlich nicht darüber entscheide, was richtig oder falsch sei, sondern darüber, was getan werden soll, und er fügte hinzu, daß es weniger inhuman sei, die Mehrheit über die Minderheit entscheiden zu lassen als umgekehrt. Carlo Schmid war es auch, der eine brauchbare Definition von Politik gab: „Politik ist rational begründeter Umgang mit der Macht.“ Darin eben unterscheiden sich Schmid und Dahmen: Der eine plädierte für eine rationale Bewältigung des Politischen, der andere öffnete im Grunde dem Irrationalismus Tür und Tor und fand dabei die unklare Formel, man müsse vom „Ganzen“ her denken, ohne auch nur den Versuch einer Definition dieses „Ganzen“ zu unternehmen. Gewiß hatte Dahmen recht mit seiner These, viele Ideologien des letzten Jahrhunderts seien überholt. Worum es aber geht, ist der Versuch, eine neue Ideologisierung zu verhindern — auch dann, wenn sie sich im Rahmen einer imaginären „Ganzheit“ anbietet.

#### *IV. Wege zur Politik*

Die Einheit der Wissenschaft und Bildung im Sinne der *universitas litterarum* ist für den einzelnen Studenten und auch für die meisten Hochschullehrer heute nicht mehr vollziehbar. Es handelt sich also um die Frage, wie ein gemeinsamer Bezug aller Wissenschaftsziplinen in vielleicht drei Bereichen geschaffen werden kann: in der Zeitgeschichte, der Politik und der sozialwissenschaftlichen Analyse. Der Studententag in Berlin fand, man solle in dieser Richtung nach Lösungen suchen. Alle Versuche, ein Studium generale zu schaffen, seien mehr oder minder gescheitert, und ein „Grundstudium“ im Sinne der ostzonalen Praxis sei selbstverständlich abzulehnen. Eine Ausweitung des Fachstudiums in der skizzierten Richtung müsse daher mit Nachdruck von den Hochschullehrern gefordert werden; das gilt, wie Professor *Goldschmidt* mit Recht feststellte, auch für die Höheren Schulen. Der Mangel an Zeitgeschichte in den Unterrichtsplänen an den Höheren Schulen sei ja, wie *Goldschmidt* feststellte, nicht nur auf mangelnde Bereitschaft der Lehrer, sondern in vielen Fällen auf ihre innere Unsicherheit zurückzuführen, die dann oft mit hergebrachten Autoritätsstrukturen überdeckt werde.

Der Studententag in Berlin forderte zu der Einsicht auf, daß man politische Erfahrung u. a. in einer auf der Grundlage gleichberechtigter Mitbestimmung der Studenten aufgebauten Selbstverwaltung sammeln könne, und die Studenten verlangten außerdem einen engeren Kontakt zur Praxis: „Der Student bedarf während seines Studiums der Berührung mit der Praxis und der Beziehung zu ihr. Dies ist erforderlich zur Selbstprüfung der Eignung für den angestrebten Beruf, zur unmittelbaren Berufsvorbereitung und zur Kontaktaufnahme mit der späteren Berufswelt.“

Die Hamburger Studenten waren dem Studententag in Berlin ferngeblieben; sie wollten die Problematik der Wiedervereinigung aus der Themenstellung nicht ausgeklammert sehen, aber ihre Kritik wurde wohl doch zu Unrecht erhoben. Der Studententag stellte fest, daß ein deklamatorisches Bekenntnis zur Wiedervereinigung niemanden nütze, sondern daß es darum gehe, in unserer Gesellschaft brauchbare Modelle für ein wiedervereinigtes Deutschland zu entwickeln.

Man wird nicht sagen können, daß der Studententag in Berlin unserem akademischen Nachwuchs über den „Mut zur Politik“ hinaus schon das nahegebracht hätte, was *Willy Brandt* von den Studenten gefordert hatte, nämlich die Politik als eine einfache und selbstverständliche Pflicht jedes Staatsbürgers zu begreifen und zu bejahen. Berlin kann ein Anfang sein, und was daraus wird, hängt nicht nur von den Studenten, sondern auch von ihren Lehrern und von den Menschen ab, die heute in der Bundesrepublik die Politik und den Staat gestalten.